

Antrag

Fraktion der SPD
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Hannover, den 15.07.2014

Niedersachsen unterstützt das „Europäische Jahr der Entwicklung 2015“: Bewusstsein für Entwicklungspolitik stärken, breite Mitwirkungsmöglichkeiten schaffen!

Der Landtag wolle beschließen:

Entschließung

Der Landtag stellt fest:

Das Europäische Parlament brachte am 23. Oktober 2012 mit großer Mehrheit den Vorschlag ein, 2015 zum Europäischen Jahr für Entwicklungszusammenarbeit auszurufen. Das Programm soll die Ausarbeitung der Post-2015-Agenda öffentlichkeitswirksam begleiten und möglichst viele Bürgerinnen und Bürger der EU über die gegenwärtige Debatte zur Entwicklungspolitik informieren sowie ihr Interesse an Politikgestaltung erhöhen.

Die Europäische Kommission unterstützt diese Entscheidung. Grundlage für sämtliche Kommunikationstätigkeiten im „Europäischen Jahr der Entwicklung 2015“ sind ihre Mitteilungen „Für eine EU-Entwicklungspolitik mit größerer Wirkung: Agenda für den Wandel“ (KOM(2011) 637 final) und „Ein würdiges Leben für alle: Beseitigung der Armut und Gestaltung einer nachhaltigen Zukunft für die Welt“ (COM(2013) 92 final).

Der Landtag begrüßt die Initiative für ein „Europäisches Jahr der Entwicklung 2015“ und sieht dies als Chance, um auf den notwendigen Paradigmenwechsel in der europäischen Entwicklungspolitik hinzuweisen. Entwicklungspolitik soll die globalen wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Rahmenbedingungen wesentlich mitgestalten.

Der Landtag unterstützt die vom Bundesrat dazu gefasste Stellungnahme. Darin wird u. a. festgestellt, dass Maßnahmen in Bereichen wie dem Handel direkt und indirekt zur Förderung der Entwicklung beitragen. Die Bundesregierung und die Europäische Kommission sind daher gehalten, bei Handelsabkommen sicherzustellen, dass Nachhaltigkeitsauflagen, zu denen auch die ILO-Kernarbeitsnormen gehören, verbindlich und sanktionierbar festgeschrieben werden.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf,

1. sich fortwährend gegenüber der Bundesregierung und im Bundesrat im Sinne der Bundesratsstimmung einzusetzen,
2. den Prozess zur Entstehung des nationalen Arbeitsprogramms für das Europäische Jahr der Entwicklung 2015 positiv zu begleiten,
3. sicherzustellen, dass auch und gerade im Bereich der Entwicklungspolitik Impulse für und aus Niedersachsen gesetzt werden. Konkret bedeutet dies, dass die entwicklungspolitischen Akteure in Niedersachsen die Chancen des „Europäischen Jahres der Entwicklung“ möglichst intensiv nutzen und sich an dem Vorhaben möglichst intensiv beteiligen sollten,
4. die Ziele des „Europäischen Jahres der Entwicklung“ in den eigenen Planungen in Zusammenarbeit mit den Akteuren der Niedersächsischen Entwicklungszusammenarbeit für das kommende Jahr zu berücksichtigen und aufzugreifen.

Begründung

Nachdem im Jahr 2000 Staats- und Regierungschefs von 189 Ländern in einem bis dahin größten Gipfeltreffen der Vereinten Nationen die Millenniumserklärung beschlossen haben, müssen wir heute feststellen, dass die Millenniumsentwicklungsziele (MDGs) bis zum festgesteckten Zieljahr 2015 nur teilweise erreicht werden. Es wurden zwar Fortschritte u. a. in der Armutsbekämpfung, bei der Trinkwasserversorgung oder der Bildungsbeteiligung erreicht, aber nach wie vor erhalten z. B. nicht alle Bedürftigen eine HIV-/Aidsbehandlung, die Mütter- und Kindersterblichkeit ist immer noch hoch, und die globalen CO₂-Emissionen und der Waldverlust nehmen nach wie vor zu. Vor diesem Hintergrund sind die Weiterentwicklung der MDGs und auch eine stärkere Berücksichtigung der ökologischen Nachhaltigkeit (SDGs) im Rahmen des Post-2015-Agenda-Prozesses dringend erforderlich.

Das „EU-Entwicklungsjahr 2015“ bietet die Möglichkeit, mit breit angelegten Kommunikationsmaßnahmen zu allen Facetten der Entwicklungspolitik und Nachhaltigen Entwicklung der EU und in ihren Mitgliedstaaten diesen Prozess zu begleiten und mit zu gestalten. Besonders die Betonung der inhaltlichen Ausrichtung auf die Themen der Nachhaltigen Entwicklung, Partizipation, Verbesserung der EU-Außenpolitik und die Verbesserung der entwicklungspolitischen Kommunikation ist eine wichtige Zielrichtung.

Schon vor der Verabschiedung des EU-Entwicklungsjahrs durch das Europäische Parlament zeigte sich großes Interesse der Mitgliedstaaten und der relevanten Nichtregierungsorganisationen an der Durchführung in 2015. Ein wesentliches politisches Ziel des Themenjahres insbesondere innerhalb Deutschlands sollte es sein, die verschiedenen inhaltlichen Dimensionen und unterschiedlichen Akteure zusammenzuführen und damit den internationalen Notwendigkeiten für eine „Nachhaltigen Entwicklung“ gerecht zu werden.

Über die intensivierete Öffentlichkeitsarbeit bietet das „EU-Entwicklungsjahr 2015“ die große Chance, für das Themengebiet der Entwicklungspolitik in Verbindung mit den Herausforderungen einer „Nachhaltigen Entwicklung“ zu werben und das Thema im gesellschaftlichen Bewusstsein zu verankern. Im Kern geht es darum, die Querverbindungen zwischen regionaler und internationaler Politik den Bürgerinnen und Bürgern sowie bestimmten Zielgruppen überzeugend darzustellen und den gegenseitigen Zusammenhang zu erklären. Das heißt konkret, dass nachhaltige Verhaltensmuster in Deutschland, wie etwa bei Konsum, Energieverbrauch, Mobilität, Ernährung, Gesundheit oder wirtschaftlichem Handeln, neues Gewicht erhalten.

Für die Fraktion der SPD

Grant Hendrik Tonne
Parlamentarischer Geschäftsführer

Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Anja Piel
Fraktionsvorsitzende